



Jetzt erst recht: „Kommt nach vorne“

Unterstützung für Proteste gegen Neonazi-Aufmärsche/Solidaritätsaktion für Tim H.

Mitglieder der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag beteiligen sich auch in diesem Jahr an den Protesten gegen den Aufmarsch von Neonazis am 13. Februar in Dresden.

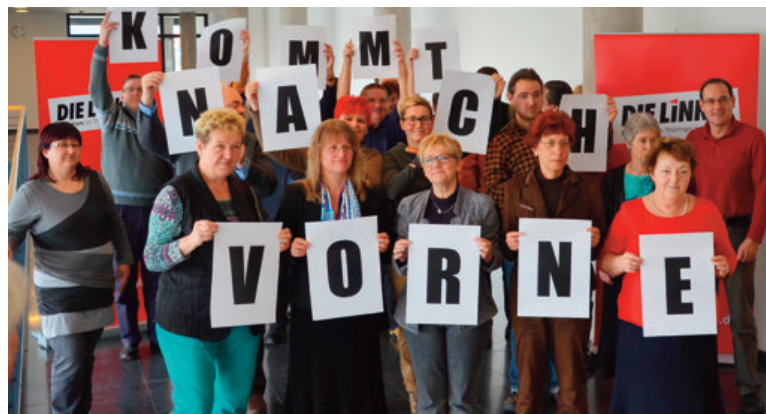
„Es ist auch in diesem Jahr das Ziel, wie in den vergangenen Jahren zuvor, gemeinsam mit tausenden Menschen dafür zu Sorgen, dass Neonazis in Dresden keinen Meter laufen werden“, sagte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, der den Aufruf „Nicht lange fackeln – Nazis blockieren! 13. Februar – kein Tag für Nazis“ mit unterzeichnet hat.

Darin wird darauf verwiesen, dass ziviler Ungehorsam ein Recht ist und Blockaden legitim sind. „Ungeachtet staatlicher Repressionen gegenüber engagierten AntifaschistInnen und Menschen, die sich in den vergangenen Jahren den Neonaziaufmarsch widersetzen, wird auch in diesem Jahr ein breites, buntes und vielfältiges Bündnis zu verhindern wissen, dass Neonazis die Angriffe der Alliierten auf die Stadt Dresden im Februar 1945 für eine braune Geschichtsrevision verwenden, und dem langjährigem Nazi-Event das Ende bereiten“, so Bodo Ramelow.“

Martina Renner, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, hatte mit Blick auch auf den Protest gegen einen Neonaziaufmarsch am 9. Februar in Weimar gesagt: „Was in den letzten Jahren

in Dresden erfolgreich war, ist Zielstellung demokratischer Gegenwehr gegen Neonazis auch in Weimar sowie in Kirchheim am 16. Februar, in Erfurt am 1. Mai oder in Kahla am 8. Juni: Nazis nicht die Straße zu überlassen.“

Die Abgeordnete mahnte, die Auseinandersetzung mit Neonazis und deren Ideologie nicht auf Plakataktionen und Demonstrationsreden zu reduzieren. „Die Bürgerbündnisse vor Ort stellen sich auch dann einer wichtigen Aufgabe, wenn sie alltäglich mit der Hegemonie rassistischer Einstellungen und dem Auftreten von Neonazis konfrontiert sind.



Die gesellschaftliche Herausforderung nehmen wir nur dann glaubhaft an, wenn wir erkennen: Das Nichtstattfinden eines Neonaziaufmarsches bedeutet keinesfalls, dass auch die rechtsextremen Einstellungen in der Gesellschaft verschwunden sind.“

Nach der Fraktionssitzung am 6. Februar hatten die Abgeordneten der LINKE eine Solidaritäts-Aktion vor dem Fraktionssitzungssaal gestaltet und erklärt: „Am 16. Januar wurde Tim H. zu einer Gefängnisstrafe von 22 Monaten ohne Bewährung verurteilt. Ihm wird ohne konkrete Beweise vorgeworfen, während der Proteste gegen den Nazi-Aufmarsch in Dresden im Februar 2011 andere Demonstranten zum Weitergehen aufgefordert zu haben. Wörtlich soll der nicht vorbestrafte Familienvater via Megaphon gerufen haben: „Kommt nach vorne“. Wir halten die Verurteilung und

das Strafmaß für völlig unverhältnismäßig. Engagement gegen Rassisten und Antisemiten, auch wenn es mit zivilem Ungehorsam einhergeht, darf nicht bestraft werden. Gemeinsam mit vielen anderen Menschen erklären wir uns solidarisch mit Tim.“ ■

KOMMENTIERT:

von Ina Leukefeld

Arbeitslosenparlament

Am 4. Februar hatte das Thüringer Arbeitslosenparlament im Landtag getagt, einen Forderungskatalog beschlossen und Landespolitikern übergeben. Ausdrücklich unterstützt die LINKE die Forderungen, insbesondere nach Durchsetzung eines Regelsatzes von 500 Euro.

Gerade angesichts der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit und massiver Beschäftigung im Niedriglohnbereich muss es endlich einen Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik geben.

Besonders die seit Dezember verstärkten Zwangsverrentungen sind Ausdruck von Diskriminierung. Die sinkenden Zahlen bei Hartz IV-Leistungsbeziehern haben zu 45 Prozent demografische Ursachen, das heißt, die Betroffenen werden in Rente geschickt. Die Angst vor Altersarmut beschäftigt die Menschen sehr. Für die LINKE liegt der Schlüssel bei GUTER Arbeit und tarifgerechten Löhnen.

Arbeitszwang zu Dumpinglöhnen, Leiharbeit sowie geringfügige und befristete unsichere Jobs haben in der Zukunft dramatische Auswirkungen auf das Rentenniveau. Dieses sinkt rasant: Es war 1997 mit rund 1000 Euro für langjährige Beitragszahler etwa doppelt so hoch wie die Sozialhilfe mit rund 500 Euro. Mittlerweile beträgt der Abstand nur noch ein Drittel – rund 200 Euro.

Um Altersarmut wirksam zu begegnen, fordern wir in Übereinstimmung mit dem Arbeitslosenparlament die Wiederherstellung der Rente mit 65 Jahren und die Umstellung des Rentensystems auf eine Erwerbssicherungsrente, in die alle entsprechend ihrem Einkommen – Beamte, Selbstständige, Vermögende, auch Politiker – einzahlen.

Interessant und unterstützenswert ist die Forderung von Teilnehmern des Arbeitslosenparlaments, die Ermittlung des Regelsatzes für Hartz IV-Empfänger nach dem Beispiel der automatischen Diätenerhöhungen für Abgeordnete entsprechend des Artikels 54 der Thüringer Landesverfassung vorzunehmen. So würde ein Sachverständigenremium anhand der realen Lohn-, Gehalts- und Preisentwicklung jährlich neu über die Höhe des Hartz IV-Satzes entscheiden.

Ich bin der Meinung, was für Parlamentarier geht, muss doch erst recht bei denen möglich sein, die über sehr wenig Geld verfügen. ■

AKTUELL

Gleichstellung als „Rolle rückwärts“

Wenn jetzt mit den Stimmen der Abgeordneten der Koalitionsfraktionen im Landtag die Novelle des Gleichstellungsgesetzes beschlossen wird, macht Thüringen eine Rolle rückwärts in der Gleichstellungspolitik.

„13 Monate nach Einreichung des Gesetzentwurfs der Linksfraktion zur Modernisierung des Thüringer Gleichstellungsgesetzes wurde dieser im Ausschuss mit einem Federstrich abgelehnt, also keine Verbesserungen für die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, keine Sanktionen bei Nichteinhaltung des Gesetzes“, sagte die LINKE Gleichstellungspolitikern Karola Stange. Als besonders empörend bezeichnete sie es, dass sich offenbar die

Männer der SPD- und der CDU-Fraktion durchgesetzt haben, denn nach dem Willen der Koalition sollen auch Männer als Gleichstellungsbeauftragte gewählt werden können.

Die Landtagsabgeordnete der Linksfraktion hatte daher kurzfristig zum Protest vor dem Thüringer Landtag am 14. Februar, bevor an diesem Tag die Abgeordneten nach der abschließenden Beratung das neue Gleichstellungsgesetz beschließen wollen, aufgerufen und erklärt:

„Männer haben schon seit Jahrhunderten über die Lebenssituation, Geschichte, Probleme und Einbindung von Frauen in die Gesellschaft entschieden. Und nun soll das wieder so sein, und dies an einer Stelle – der der Gleichstellungsbeauftragten –, die sich

Frauen erkämpft haben, um ihre Belange in einer von Männern dominierten Gesellschaft zur Beachtung zu bringen. 'Weil ja Männer genau wissen, was für Frauen zu regeln ist', kann man dazu nur ironisch sagen. Willkommen im Mittelalter!

Wir sind weit weg von einem modernen Gleichstellungsgesetz. Über die notwendige kontroverse Diskussion, dass die Position einer Gleichstellungsbeauftragten auch von einem Mann besetzt werden kann, werden wichtige Inhalte des Gesetzes vergessen. Der Landesfrauenrat und viele verschiedene Frauenvereine und -verbände stellen sich vehement gegen dieses neue Gesetz. Es ist wieder ein Beispiel dafür, dass die wichtigsten Akteurinnen der Praxis nicht einbezogen wurden.“ ■